IMT Nuremberg Archives

H – 1910

International Court of Justice

H1910 - 0002

Nürnberg, den 12. Juni 1946

B e s t ä t i g u n g

Ich bestätige, dass der anliegende Auszug aus der Zeitung

Wiener Neueste Nachrichten vom 29. März 1938, Seite 5

richtig abgeschrieben ist.

Eine Original-Zeitungsseite sowie eine Fotokopie sind beigefügt.

(Dr. Kubuschok)

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY
Exhibit 50
Filed 6/12/46

Wagner Dok. 50

Die faksimilierten Originaldokumente der Bischöfe

Das Bekenntnis der Kirche zu Deutschland

Wie wir in der Montagausgabe meldeten, haben die österreichischen Bischöfe zwei Erklärungen abgegeben, in denen sie sich zu Großdeutschland bekennen. Wir bringen nunmehr die Reproktionen der Originaldokumente einschließlich des Schreibens, mit dem Kardinal Dr. Innitzer die Erklärungen an den Beauftragten des Führers für die Volksabstimmung, Gauleiter Bürckel, übersandte. Dieses Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Gauleiter! Beigeschlossene Erklärung der Bischöfe übersende ich hiemit. Sie ersehen daraus, daß wir Bischöfe freiwillig und ohne Zwang unsere nationale Pflicht erfüllt haben. Ich weiß, daß dieser Erklärung eine gute Zusammenarbeit folgen wird.

Mit dem Ausdruck ausgezeichneter Hochachtung
und Heil Hitler!

† Th. Kard. Innitzer.
Eb.

Der Erzbischof von Wien

Wien, am 18. März 1938

Sehr geehrter Herr Gauleiter,

Beigeschlossene Erklärung der Bischöfe übersende ich hiemit. Sie ersehen daraus, dass wir Bischöfe freiwillig und ohne Zwang unsere nationale Pflicht erfüllt haben. Ich weiss, dass dieser Erklärung eine gute Zusammenarbeit folgen wird.

Mit dem Ausdruck ausgezeichneter Hochachtung

und Heil Hitler!

† Th. Kard. Innitzer
Eb

Vorwort zur feierlichen Erklärung der österreichischen Bischöfe in Sachen der Volksabstimmung

Nach eingehenden Beratungen haben wir Bischöfe von Oesterreich angesichts der grossen geschichtlichen Stunden, die Oesterreichs Volk erlebt, und im Bewusstsein, dass in unseren Tagen die tausendjährige Sehnsucht unseres Volkes nach Einigung in einem grossen Reich der Deutschen ihre Erfüllung findet, uns entschlossen, nachfolgenden Aufruf an alle unsere Gläubigen zu richten.

Wir können das umso unbesorgter tun, als uns der Beauftragte des Führers für die Volksabstimmung in Oesterreich, Gauleiter Bürckel, die aufrichtige Linie seiner Politik bekanntgab, die unter dem Motto stehen soll: Gebet Gott, was Gottes ist und dem Kaiser, was des Kaisers ist."

Wien, am 21. März 1938.

Für die Wiener Kirchenprovinz:

† Th. Kard. Innitzer
Eb

Für die Salzburger Kirchenprovinz:

† S. Waitz
Fürst-Erzbischof.

Feierliche Erklärung !

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Aus innerster Überzeugung und mit freiem Willen erklären wir unterzeichneten Bischöfe der österreichischen Kirchenprovinz anlässlich der grossen geschichtlichen Geschehnisse in Deutsch-Österreich:

Wir erkennen freudig an, dass die nationalsozialistische Bewegung auf dem Gebiet des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaues sowie der Sozial-Politik für das Deutsche Reich und Volk und namentlich für die ärmsten Schichten des Volkes Hervorragendes geleistet hat und leistet. Wir sind auch der uberzeugung, dass durch das Wirken der nationalsozialistschen Bewegung die Gefahr des alles zerstörenden gottlosen Bolschewismus abgewehrt wurde.

Die Bischöfe begleiten dieses Wirken für die Zukunft mit ihren besten Segenswünschen und werden auch die Gläubigen in diesem Sinne ermahnen.

Am Tage der Volksabstimmung ist es für uns Bischöfe selbstverständliche nationale Pflicht, uns als Deutsche zum Deutschen Reich zu bekennen, und wir erwarten auch von allen gläubigen Christen, dass sie wissen, was sie ihrem Volke schuldig sind.

Wien, am 18. März 1938.

† Th. Kard. Innitzer
Eb

† O. Mem. Hefter
† S. Waitz F.E.B.
† Gerd Pawlikowski F.L.
† Michael Memelauer
† Johannes Maria Gfällner

H1910 – 0003

H1910 – 0004

Hodza hat nichts gelernt

Seine Rundfunkrede eine Enttäuschung für die Sudetendeutschen

Von unserem eigenen Vertreter

Prag, 28. März.

Für heute abends war eine Rundfunkrede des Ministerpräsidenten Dr. Hodza angekündigt worden, welche grundsätzliche Eröffnungen über die neue Minderheitenpolitik der Prager Regierung,

insbesondere zum Zwecke der Vorbereitung der Lösung der sudetendeutschen Frage bringen sollte.

Herr Dr. Hodza hat diese Rede mit mehr als halbstündiger Verspätung gehalten. Der Text wurde bis in die späten Nachtstunden nicht ausgegeben. Hingegen wurde den Prager Redaktionen mitgeteilt, daß sie auf Grund der eigenen Aufnahmen der Rundfunkrede in den morgigen Blättern diese noch nicht veröffentlichen dürfen, sondern den authentischen Text, der morgen früh ausgegeben werden würde, abzuwarten haben.

Von der im Rundfunk tatsächlich gehaltenen Rede Doktor Hodzas muß jedoch heute schon gesagt werden, daß sie den Ankündigungen der letzten Tage in keiner Weise entspricht. Dr. Hodza stellte zunächst fest, daß die englische Stellungnahme zum tschechoslowakischen Minderheitenproblem auf Grund des Vertrages von St.-Germain und somit in Ausübung eines Rechtsanspruches erfolgte. Ferner erklärte Dr. Hodza, daß die Tschechoslowakei den Minderheiten gegenüber großmütig verfahren sei. Im Schulwesen besitzen die Minderheiten verhältnismäßig mehr, als ihnen nach dem Bevölkerungsanteil gebühre. Die tschechoslowakische Regierung habe ein Minderheitenstatut ausgearbeitet, das die bisherigen Verfügungen zugunsten der Minderheiten festlegen werde. Im übrigen lasse sich die Tschechoslowakei von niemandem drängen und von niemandem dreinreden.

*

Durch diese Rede Hodzas wurden die Voraussagen der Pessimisten unter den Sudetendeutschen, die in letzter Zeit betonten, man könne mit den Tschechen doch nicht ernsthaft reden, erfüllt. Es kommt nicht so sehr auf das Taschenspielerkunststück an, die englische Einmischung des Charakters einer Einmischung zu entkleiden, in dem sie durch den Ministerpräsidenten Hodza als Rechtsanspruch deklariert wird. Daß damit Hodza die Souveränitätsbeschränkung durch den Vertrag von St. Germain anerkannt hat, sei nebenbei festgestellt. Wichtig ist die Tatsache, daß die Prager Regierung die Kühnheit hat, in einem Augenblicke von einer großmütigen Minderheitenpolitik zu sprechen, in welchem sich alle deutschen Parteien nur deshalb geeinigt haben, weil sich schließlich die ehemaligen deutschen Regierungsparteien, die zum Teil zwölf Jahre in der Regierung gestanden hatten, als betrogen erklären mußten. Die Wertlosigkeit des kommenden Minderheitenstatuts ergibt sich aus den Erklärungen Hodzas selbst, der sie als Kodifikation bestehender Verfügungen in gesetzlicher Form ankündigte. Die Kodifikation ist deshalb wertlos, weil es nicht darauf ankommt, daß etwas Regierungsverordnung oder Gesetz ist, sondern darauf, daß Regelungen der Minderheitenrechte den Minderheiten auch tatsächlich etwas bieten. Hodza denkt hier offenkundig an die sogenannten Richtlinien des 18. Februar. Ihre Wiederholung in Form eines Gesetzes kommt einer Provokation des geeinten Sudetendeutschtums gleich.

Paris mahnt Prag zum Nachgeben

Neue Erkenntnisse setzen sich durch

Von unserem ständigen Pariser Vertreter

Dr. U. **Paris**, 28. März.

Die Erkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse in der Tschechoslowakei ist in der französischen Presse seit der Rückkehr Oesterreichs ins Reich mächtig im Anwachsen. Neuerdings vergeht kein Tag, an dem nicht mehrere Blätter zugleich in großen Artikeln die innere und äußere Schwäche der verbündeten Republik ungeschminkt zur Darstellung bringen, um dann mit einem ernsten Blick auf die strategische Lage in mehr oder weniger vorsichtiger Form der Meinung Ausdruck zu geben, daß es besser sei, wenn die Tschechoslowakei sich mit dem Reich und den Sudetendeutschen verständigen werde. Auch der „Petit Parisien" spricht sich für ein Nachgeben der Tschechen gegenüber Deutschland aus. „Paris Midi" bespricht in einer für französische Verhältnisse bisher unbekannten leichtfertigen Weise die tschechischen Konzessionsmöglichkeiten gegenüber Deutschland und läßt dabei die strategisch vollkommen hoffnungslose Lage des Verbündeten durchblicken.

Die Polen fordern die Autonomie

Zusammenschluß aller polnischen Verbände in der Tschechoslowakei

DNB **Warschau**, 28. März.

In Mährisch-Ostrau schlossen sich, wie die polnische Presse berichtet, am Sonntag sämtliche polnischen Organisationen in der Tschechoslowakei zu einer geschlossenen Front, dem „Verband der Polen in der Tschechoslowakei", zusammen.

Die Polnische Telegraphenagentur gibt eine Verlautbarung des neuen Verbandes bekannt, **wonach dieser Autonomie für die polnische Bevölkerung der Tschechoslowakei fordert.**

Milizen leisten nur noch geringen Widerstand und ihr Gros befindet sich, wie nationale Beobachtungsflugzeuge berichten konnten, in einem vollen, aber gegenwärtig noch ziemlich geordneten Rückzug. In nationalen Kreisen glaubt man nicht, daß der Feind noch ernsthaften Widerstand leisten werde. Die nationalspanische Heeresleitung geht übrigens trotz der raschen Fortschritte der nationalen Truppen mit größter Vorsicht vor. Die auf der Straße nach Lerida vorstoßenden nationalistischen Truppen beziffern sich auf rund 60.000 Mann.

Das Minderheitenproblem

Eine Betrachtung der Deutschen diplomatisch-politischen Korrespondenz

TC **Berlin**, 28. März.

Die Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz befaßt sich in längeren Betrachtungen mit dem Minderheitenproblem und erklärt, das Reich habe ein Interesse daran, auch den Angehörigen der Minderheiten jene Förderung zuteil werden zu lassen, die zur Wohlfahrt und zum wirtschaftlichen Aufstieg der Volksgruppen nötig sei.

Der Nationalsozialismus, der für alle Angehörigen seines eigenen Volkstums das „unverjährbare und unabdingbare" Recht der natürlichen Volksverbundenheit und die Freiheit des nationalen Empfindens in Anspruch nehme, habe in der Tat niemals auf diesem Gebiet mit zweierlei Maß gemessen.

„Deutschland will", so sagt die Korrespondenz, „wie es eben erst der Reichskanzler unterstrichen hat, auch seinerseits aus fremden Völkern keine Proselyten machen. Es vertritt also den Standpunkt, daß Volksbewußtsein ein ethisches Recht darstellt, das dem eigenen Volk nicht streitig gemacht werden darf und das es ebensowenig den Angehörigen anderer Nationalitäten streitig zu machen wünscht. Die Bestrebungen, die zu dem deutsch-polnischen Minderheitenabkommen geführt haben, sind der deutlichste Beweis dafür, daß es dem Nationalsozialismus ernst ist mit der grundsätzlichen Anerkennung der Volkstumsrechte schlechthin, sei es im eigenen, sei es im fremden Lande."

Die Währungskontrolle in Frankreich

Sie ist nicht mehr zu verhindern

Von unserem ständigen Pariser Vertreter

Dr. U. **Paris**, 28. März.

„Oeuvre" gibt heute zwischen den Zeilen zu, daß die Regierung Blum mit ihrem großen Sanierungsprojekt tatsächlich auf die Einführung der Währungskontrolle, auf Zwangsanleihe, auf Zwangskonvertierung der Renten und auf andere Sozialisierungsmaßnahmen hinsteuert. Sicher sei dieses Ziel nicht, so bemerkt das Blatt, aber auf die Dauer nicht zu verhindern.

Die Wirtschaft habe schon lange in dieser Hinsicht Befürchtungen gehegt. Durch die Andeutungen des „Oeuvre" wird die verzweifelte Stimmung auf dem Kapitalmarkt noch erheblich verschärft. Gleichzeitig wird auf Seite der Gewerkschaften eine neue Bürgerkriegsstimmung vorbereitet. Der Generalsekretär der Gewerkschaften, Jouhaux, der Samstag von seinen eigenen Anhängern ausgepfiffen wurde, hat Sonntag, offenbar um sich in den Augen der Kommunisten zu rehabilitieren, in Hinblick auf das Anwachsen der nationalen Konzentrationsbewegung erklärt, daß die Gewerkschaften mit einem „aktiven Generalstreik" antworten würden.

Razzia in Warschau

13 Kommunisten wurden verhaftet.

DNB **Warschau**, 28. März.

Beamte der politischen Polizei führten gestern nach vorangegangenen sorgfältigen Beobachtungen auch in Warschau eine Razzia nach Kommunisten durch. Dreizehn Personen, bei denen umfangreiches kommunistisches Hetzmaterial gefunden wurde, wurden verhaftet.

Die Lage in Litauen

Kabinettsbildung mit Uebergangscharakter.

Von unserem ständigen Vertreter

A. R. **Danzig**, 28. März.

Die Umbildung der litauischen Regierung kam allseits überraschend, weil noch am Tage zuvor von der Regierungsseite ein uneingeschränktes Dementi den Umbildungsabsichten entgegengestellt wurde. Der Rücktritt soll durch einen Vorstoß der Opposition und durch immer größer werdende Unzufriedenheit im Heere beschleunigt worden sein. Von polnischer Seite hat man für den Fall einer Umbildung anscheinend auch mit einer Beteiligung der christlichen Demokraten gerechnet. Da diese in der Opposition stehende Gruppe in der neugebildeten Regierung nicht vertreten ist, sondern auch das neue Kabinett allein aus den Kreisen der Tautininki-Partei gebildet wurde, scheint mit keinem wesentlich neuen Kurs zu rechnen zu sein. Bedeutsam ist allein, daß der neue Ministerpräsident Mironas sich lange Zeit für einen polnisch-litauischen Ausgleich eingesetzt hat, und daß vielleicht deshalb die Durchführungsmaßnahmen zu einer schnelleren Regelung zur vollkommenen Herstellung normaler Verhältnisse unter der neuen Führung möglich werden.

Da aber im neuen Kabinett einige Posten teils unbesetzt blieben, teils nur provisorisch besetzt wurden, nimmt man vielfach an, daß auch die neue Kabinettsbildung nur einen Uebergangscharakter hat. Dabei sei zu berücksichtigen, daß in Litauen nach wie vor nach polnischen Meldungen unter der Leitung von Agitatoren antipolnische Strömungen, die sich auch stark gegen die Regierung richten, «bendig wird.

Sowjetspanien vor dem Zusammenbruch

Moskau versucht ihn durch Entsendung von Bombenflugzeugen zu verhindern

Eine französisch-englische Konferenz

Von unserem ständigen Londoner Vertreter

W. v. K. **London**, 28. März.

Die verzweifelte Lage der rotspanischen Regierung in Katalonien und die Erfolge der nationalen Truppen haben in der diplomatischen Front eine vielgestaltige und eifrige Tätigkeit ausgelöst.

Die russische Regierung hat, wie „Evening Standard" berichtet, vorgeschlagen, eine große Anzahl ihrer modernsten Bombenflugzeuge auf dem Luftweg über Europa nach Barcelona zu entsenden, um ihre roten Freunde zu retten. Der Sowjetbotschafter in Paris habe die französische Regierung um ihre Zustimmung zu diesem Plan gebeten, da die russischen Flugzeuge Frankreich als Zwischenlandungsstation benutzen müßten. Auch habe die sowjetrussische Regierung einen Ersatzplan vorgeschlagen, die französische Regierung solle eine entsprechende Anzahl eigener Bombenflugzeuge nach Barcelona schicken. Die sowjetrussische Regierung würde sie in diesem Falle durch eigene, später zu liefernde Flugzeuge ersetzen. Wie das genannte Blatt berichtet, hat aber dieser Plan nicht den Beifall der Pariser Regierung gefunden, weder in seiner ersten, noch in seiner zweiten Aufmachung.

Der Flug russischer Bomber über deutsches Gebiet scheint den Franzosen nicht angebracht zu sein, und die Mitwirkung der französischen Regierung bei dieser Aktion überhaupt wird als ein Bruch des Nichteinmischungsabkommens betrachtet. Damit scheint dieser Plan unter den Tisch gefallen zu sein.

Gleichzeitig hat aber die englische Regierung eine Flankierungsaktion der wohlbekannten Quertreibereien zwischen Paris und Moskau eingeleitet. Nach den Morgenblättern scheint es ziemlich klar zu sein, daß die neuerdings erkennbare Beschleunigung der englisch-italienischen Verhandlungen in Rom von der Sorge bestimmt ist, ein schneller Sieg der Regierung Franco könne für diese Verhandlungen eine Gefahr bringen, insofern nämlich, als sich dann die französische Regierung ihrerseits zu gewissen Schritten genötigt sehen könnte, die einer englisch-italienischen Vereinbarung hinderlich sein könnten.

Die englische Regierung hat auch eine diplomatische Aktion in Paris begonnen. Blättermeldungen zufolge soll in der nächsten Zeit eine englisch-französische Ministerkonferenz stattfinden. Diese soll eine grundlegende, auf lange Frist berechnete Gleichschaltung der englischen und der französischen Politik zuwege bringen. Wo und wann diese Konferenz stattfinden wird, steht zur Stunde noch nicht fest. Es ist aber unverkennbar, daß die englische Regierung zur Zeit alles daransetzt, um mögliche Gefahren zu beseitigen, die sich aus einem schnellen Siege der nationalen Regierung in Spanien ergeben könnten.

Barcelona in Verzweiflung

Man will Frankreich zur Intervention zwingen

DNB **Bilbao**, 28. März.

Daß die Machthaber von Moskaus Gnade in Valencia und Barcelona systematisch auf eine bewaffnete Intervention durch Frankreich hinarbeiten, geht einwandfrei aus den Aussagen eines zum Frontdienst Gepreßten hervor, dem es gelungen ist, den bolschewistischen Henkern zu entkommen. Aus seinen Aussagen geht hervor,

daß Barcelona beabsichtigt, durch einen Angriff eines nationalgetarnten Flugzeugs auf französisches Gebiet einen internationalen Konflikt herbeizuführen. An dem Plan ist auch der sowjetspanische „Botschafter" in Paris beteiligt, der in dieser Angelegenheit nach Barcelona gereist war. Besonders bemerkenswert ist aber die Tatsache, daß die kommunistischen Kammervertreter in Paris bereits eine Aussprache über diesen Fliegerüberfall vorbereitet haben.

Francos Offensive

Seine Truppen vor Lerida

TC **Saragossa**, 28. März.

Die nationalen Truppen haben bereits in den frühen Morgenstunden des Montags ihren Vormarsch auf Lerida fortgesetzt, nachdem sie in der Nacht zum Sonntag den Einschluß auf der Straße von Caspe nach Lerida erreicht hatten. Die militärischen Befestigungen von Lerida wurden bereits durch die nationale Artillerie unter Feuer genommen. Die sowjetspanischen

H1910 – 0005

135

Auszug

aus

Wiener Neueste Nachrichten

Dienstag, den 29. Maerz 1938

Seite 5

Die faksimilierten Originaldokumente der Bischoefe

Das Bekenntnis der Kirche zu Deutschland

Wie wir in der Montagausgabe meldeten, haben die oesterreichischen Bischoefe zwei Erklaerungen abgegeben, in denen sie sich zu Grossdeutschland bekennen. Wir bringen nunmehr die Reproduktionen der Originaldokumente einschliesslich des Schreibens, mit dem Kardinal Dr. INNITZER die Erklaerungen an den Beauftragten des Fuehrers fuer die Volksabstimmung, Gauleiter BUERCKEL, uebersandte. Dieses Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Gauleiter! Beigeschlossene Erklaerung der Bischoefe uebersende ich hiermit. Sie ersehen daraus, dass wir Bischoefe freiwillig und ohne Zwang unsere nationale Pflicht erfuellt haben. Ich weiss, dass dieser Erklaerung eine gute Zusammenarbeit folgen wird.

Mit dem Ausdruck ausgezeichneter Hochachtung
und Heil Hitler!

gez. Th. Kard. Innitzer
Eb.

Siegel
Der Erzbischof von Wien

Wien, am 18.Maerz
1938

Sehr geehrter Herr Gauleiter.

Beigeschlossene Erklaerung der Bischoefe uebersende ich hiermit. Sie ersehen daraus, dass wir Bischoefe freiwillig und ohne Zwang unsere nationale Pflicht erfuellt haben. Ich weiss, dass dieser Erklaerung eine gute Zusammenarbeit folgen wird.

H1910 - 0006

Mit dem Ausdruck ausgezeichneter Hochachtung
und Heil Hitler!

gez. Th.Kard.Innitzer
Eb.

Vorwort zur feierlichen Erklaerung der oesterreichischen Bischoefe in Sachen der Volksabstimmung

Nach eingehenden Beratungen haben wir Bischoefe von Oesterreich angesichts der grossen geschichtlichen Stunden, die Oesterreichs Volk erlebt, und im Bewusstsein, dass in unseren Tagen die tausendjaehrige Sehnsucht unseres Volkes nach Einigung in einem grossen Reich der Deutschen ihre Erfuellung findet, uns entschlossen, nachfolgenden Aufruf an alle unsere Glaeubigen zu richten.

Wir koennen das umso unbesorgter tun, als uns der Beauftragte des Fuehrers fuer die Volksabstimmung in Oesterreich, Gauleiter Buerckel, die aufrichtige Linie seiner Politik bekanntgab, die unter dem Motto stehen soll: "Gebet Gott, was Gottes ist und dem Kaiser, was des Kaisers ist."

Wien, am 21. Maerz 1938

Fuer die Wiener Kirchenprovinz:
gez. Th.Kard.Innitzer
Eb.

Fuer die Salzburger Kirchenprovinz:
gez. S. Waitz
Fuerst-Erzbischof

137

v. Papen Dok. 50

Feierliche Erklaerung!:

Aus innerster Ueberzeugung und mit freiem Willen erklaeren wir unterzeichneten Bischoefe der oesterreichischen Kirchenprovinz anlaesslich der grossen geschichtlichen Geschehnisse in Deutsch-Österreich:

Wir erkennen freudig an, dass die nationalsozialistische Bewegung auf dem Gebiet des voelkischen und wirtschaftlichen Aufbaues sowie der Sozial-Politik fuer das Deutsche Reich und Volk und namentlich fuer die aermsten Schichten des Volkes Hervorragendes geleistet hat und leistet. Wir sind auch der Ueberzeugung, dass durch das Wirken der nationalsozialistischen Bewegung die Gefahr des alles zerstoerenden gottlosen Bolschewismus abgewehrt wurde.

Die Bischoefe begleiten dieses Wirken fuer die Zukunft mit ihren besten Segenswuenschen und werden auch die Glaeubigen in diesem Sinne ermahnen.

Am Tage der Volksabstimmung ist es fuer uns Bischoefe selbstverstaendliche nationale Pflicht, uns als Deutsche zum Deutschen Reich zu bekennen, und wir erwarten auch von allen glaeubigen Christen, dass sie wissen, was sie ihrem Volke schuldig sind.

Wien, am 18. Maerz 1938.

Goz. Th.Kard. Innitzer Eb.
Goz. S. Waitz F.E.B.
Goz. Johannes Maria Gfoellner
Goz. Adam Hefter F.B.
Goz. Ferd. Pawlikowski E.B.
Goz. Michael Memelauer

H1910 – 0007

Die faksimilierten Originaldokumente der Bischöfe

Das Bekenntnis der Kirche zu Deutschland

Wie wir in der Montagausgabe meldeten, haben die österreichischen Bischöfe zwei Erklärungen abgegeben, in denen sie sich zu Großdeutschland bekennen. Wir bringen nunmehr die Reproktionen der Originaldokumente einschließlich des Schreibens, mit dem Kardinal Dr. Innitzer die Erklärungen an den Beauftragten des Führers für die Volksabstimmung, Gauleiter Bürckel, übersandte. Dieses Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Gauleiter! Beigeschlossene Erklärung der Bischöfe übersende ich hiemit. Sie ersehen daraus, daß wir Bischöfe freiwillig und ohne Zwang unsere nationale Pflicht erfüllt haben. Ich weiß, daß dieser Erklärung eine gute Zusammenarbeit folgen wird.

Mit dem Ausdruck ausgezeichneter Hochachtung
und Heil Hitler!

† Th. Kard. Innitzer.
Eb.

Der Erzbischof von Wien.

Wien, am 18. März 1938

Sehr geehrter Herr Gauleiter,

Beigeschlossene Erklärung der Bischöfe übersende ich hiemit. Sie ersehen daraus, dass wir Bischöfe freiwillig und ohne Zwang unsere nationale Pflicht erfüllt haben. Ich weiss, dass dieser Erklärung eine gute Zusammenarbeit folgen wird.

Mit dem Ausdruck ausgezeichneter Hochachtung
und Heil Hitler!

+ Th. Kard. Innitzer
Eb.

Vorwort zur feierlichen Erklärung der österreichischen Bischöfe in Sachen der Volksabstimmung

Nach eingehenden Beratungen haben wir Bischöfe von Oesterreich angesichts der grossen geschichtlichen Stunden, die Oesterreichs Volk erlebt, und im Bewusstsein, dass in unseren Tagen die tausendjährige Sehnsucht unseres Volkes nach Einigung in einem grossen Reich der Deutschen ihre Erfüllung findet, uns entschlossen, nachfolgenden Aufruf an alle unsere Gläubigen zu richten.

Wir können das umso unbesorgter tun, als uns der Beauftragte des Führers für die Volksabstimmung in Oesterreich, Gauleiter Bürckel, die aufrichtige Linie seiner Politik bekanntgab, die unter dem Motto stehen soll: Gebet Gott, was Gottes ist und dem Kaiser was des Kaisers ist."

Wien, am 21. März 1938.

Für die Wiener Kirchenprovinz:

+ Th. Kard. Innitzer
Eb.

Für die Salzburger Kirchenprovinz:

+ S. Waitz
Fürst-Erzbischof.

Feierliche Erklärung !

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Aus innerster Überzeugung und mit freiem Willen erklären wir unterzeichneten Bischöfe der österreichischen Kirchenprovinz anlässlich der grossen geschichtlichen Geschehnisse in Deutsch-Österreich:

Wir erkennen freudig an, dass die nationalsozialistische Bewegung auf dem Gebiet des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaues sowie der Sozial-Politik für das Deutsche Reich und Volk und namentlich für die ärmsten Schichten des Volkes Hervorragendes geleistet hat und leistet. Wir sind auch der überzeugung, dass durch das Wirken der nationalsozialistischen Bewegung die Gefahr des alles zerstörenden gottlosen Bolschewismus abgewehrt wurde.

Die Bischöfe begleiten dieses Wirken für die Zukunft mit ihren besten Segenswünschen und werden auch die Gläubigen in diesem Sinne ermahnen.

Am Tage der Volksabstimmung ist es für uns Bischöfe selbstverständliche nationale Pflicht, uns als Deutsche zum Deutschen Reich zu bekennen, und wir erwarten auch von allen gläubigen Christen, dass sie wissen, was sie ihrem Volke schuldig sind.

Wien, am 18. März 1938.

+ Th. Kard. Innitzer
Eb.

+ S. Waitz F. EB.

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY
Exhibit 50
Filed 6/10/46

H1970-0009

H-1910

V. PAPEN EXH. 50

Filed June 17, 1946
[illegible]
Secy

V. P A P E N DOK. NR. 50

V. Papen Exh. 50

Exh. 50

H1910 - 0010